Nr. 159 1. Ausgabe Sonntag, 15. Juni 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19528, 19630, 19697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2090. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Die 34 mm breite Petitzeile kostet 75 Pf., die 79 mm breite Reklamezeile M. 1.50, mit Platzvorschrift M. 1.— Für Stellen- oder Kauflos 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 %, Sonderpreise. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Briefern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annoncen-Kassen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55
Postbezug im Ausland
R. Einbezugs in den Postlisten.
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M. 1.10. Einz. Nummer 10 Pf.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Was wir zu erwarten haben

Der Stand der Friedensfrage ist nach wie vor ungeklärt. Noch nicht einmal der Termin der Uebergabe der Antwort ist endgültig festgelegt, obwohl sie in den allernächsten Tagen erfolgen muß. Der „Matin" schreibt in seiner Ausgabe vom 12. d. M., man sei augenblicklich mit der endgültigen Abfassung der Antwort auf den deutschen Gegenvorschlag beschäftigt. Es wurde eine Kommission zur Revidierung des Textes ernannt, die aus einem Franzosen (Tardieu), einem Engländer, einem Amerikaner und einem Italiener besteht. Die Fertigstellung des Wortlautes sei für heute oder morgen zu erwarten. Die Antwort, die 50 bis 60 Seiten umfaßt, müsse gedruckt werden, so daß die Ueberreichung erst Sonntag abend oder Montag vormittag erfolgen kann.

Was uns überweicht werden wird, läßt folgendes Telegramm ahnen: In seinem heutigen Leitartikel gibt der „Temps" dem Wunsche Ausdruck, daß der Friedensvertrag möglichst bald abgeändert und seine Grundlinien beibehalten werden müßten. Jedes Feilschen mit Deutschland würde sofort die Kriegsgefahr und Anarchie in der ganzen Welt erhöhen. Man müsse also der deutschen Regierung den Vertrag, den sie für unannehmbar erkläre, mit den Veränderungen, die sie gleichfalls für ungenügend erklären werde, aufzwingen. Man glaube allgemein, daß alles glatt verlaufen werde, und daß die Regierung Scheidemann einem unabhängigen Kabinett den Platz räumen werde, das unterzeichnen würde. Falls die Lösung so schnell und leicht, und namentlich auch so endgültig, so müsse man sich darüber freuen. Aber inzwischen wäre es gut, einige Vorkehrungen zu treffen, sei es auch nur, um im voraus den deutschen Widerstand zu entmutigen. An die Ausführung der „Deutschen Zeitung", deren Beschlagnahme der „Temps" natürlich verschweigt, anknüpfend, erklärt der „Temps", man bereite in Berlin einen militärischen Staatsstreich vor. Man wisse in Frankreich allerdings noch nicht, ob er vor der Unterzeichnung, um diese unmöglich zu machen, oder erst nach der Unterzeichnung, um sie illusorisch zu machen, erfolgen werde. Jedenfalls sei klar, daß die von den Alliierten am Rhein ergriffenen Maßnahmen, wenn sie auch genügten, um die Annahme des Friedens zu erzwingen, doch ungenügend seien, um die Durchführung des Vertrags sicherzustellen und die Wiederherstellung des preußischen Militarismus zu verhindern.

Hierzu liegen noch folgende Meldungen vor:

⊙ Zürich, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen gehen seit Mittwoch Tag und Nacht Truppentransporte aus Marseille nach dem besetzten Gebiet. Es handelt sich mutmaßlich um Kolonialtruppen, die nach der französischen Front und nach dem Rhein abgehen.

⊙ Zürich, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) „Homme libre", das Blatt Clemenceaus, schreibt am Mittwoch, daß Frankreich nicht abgeneigt sei, seine Stellungnahme über einen früheren oder sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einer Revision zu unterziehen. Nach Lage der Dinge sei es jedoch nicht wahrscheinlich, daß dieser Eintritt ohne bestimmte Sicherungen vor sich gehen könne.

sch. Lugano, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Dem Berichterstatter des „Giornale d'Italia" wurde im Berliner Auswärtigen Amt erklärt, die Reichsregierung sei völlig einig in dem Entschluß, nur einen wesentlich abgeänderten Frieden zu unterzeichnen. Graf Rantzau werde Versailles verlassen, wenn die Unterhandlungsfreiheit beschränkt würde.

Bedenkt man, wie unglaubhaft solche Meldungen von einem beabsichtigten späteren Nachgeben der Entente, wie oben in der Völkerbundsfrage angedeutet wird, sind, können wir ungefähr ahnen, was wir zu erwarten haben. Daran ändern auch nichts die immer wieder auftretenden Zeichen von gegenseitigem Mißtrauen und von Uneinigkeit bei den Verbündeten, die heute als

Eifersucht zwischen Amerika und Japan

besonders deutlich zutage treten. Seit dem 12. d. M. nimmt nämlich, wie wir gestern schon meldeten, als Vertreter Japans Makino an den Verhandlungen der Regierungshäupter teil. Sein Eintritt in die höchste Friedenskommission gibt der „Chicago Tribune" zu folgenden eifersüchtigen Bemerkungen Anlaß: „Der für Deutschland bestimmte Friedensvertrag wird wieder geöffnet, um die durch die deutschen Gegenvorschläge bedingten Veränderungen aufzunehmen. Es wird nicht lediglich ein Anhang mit Erläuterungen für beabsichtigte Aenderungen gegeben werden. Makinos Anwesenheit wird als Grund dafür angesehen, daß der Vertrag wieder geöffnet wurde, nachdem der Viererrat schon erklärt hatte, daß er eine abgeschlossene Sache darstelle. Infolge der Hinzuziehung Makinos müssen erneut umfassende Aenderungen im Vertrage vorgenommen werden. Diese Verzögerung ist für Wilson höchst ärgerlich, da sie nicht durch Meinungsverschiedenheiten, sondern lediglich durch die Hinzuziehung der Japaner verursacht ist. Man betrachtet dies als neuen diplomatischen Sieg der Japaner."

Es wird offiziell mitgeteilt, daß die Kolischaksche Regierung anerkannt werden soll, was wiederum einen glatten Triumph für Japan bedeutet, da Kolischak in Tokio zuerst anerkannt wurde und man ihm von dort aus schon Hände und Füße mit Vereinbarungen über japanische Rechte in Sibirien und der Mandschurei gebunden hat. Die starke Drohung der japanischen Faust fängt nunmehr an, sich fühlbar zu machen mit der Alternative, daß Japan sich mit Deutschland und Rußland verbündet, um die Ruhe der übrigen Welt zu stören.

Wegen der japanischen Intervention ist Wilson gezwungen, Freitag und Sonnabend hierzubleiben, um die Veränderungen im Vertrag mit Makino durchzugehen, anstatt seine beabsichtigte Reise nach Belgien auszuführen. — Ein Kommentar zu diesen Auslassungen wie zum ganzen Friedenswerk erübrigt sich, da die nächsten Tage doch die Entscheidung bringen müssen.

•

Vertragsänderungen?

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten ⊙-Sonderberichterstatters)

Versailles, 13. Juni.

Wie Pariser Meldungen besagen, behandelte die interalliierte Kommission für Einziehung des deutschen Privateigentums heute einen englischen Vorschlag, der im Vergleich mit den Bestimmungen des Friedensentwurfs einige Milderungen enthalten soll. Vornehmlich die Beteiligung des deutschen Kapitals an Unternehmungen, die bereits vor dem Kriege unter deutschem Einfluß standen, soll bis zu einem gewissen, wenn auch sehr bescheidenen Grade zugestanden werden. Die Anerkennung der deutschen Patentrechte soll gewährt werden, doch soll seine Ausbeutung unter dem Abschnitt „Entschädigungen" behandelt werden, da Wert darauf gelegt wird, so bald wie möglich einen hohen Betrag für die erste Rate der deutschen Kriegsentschädigung sicherzustellen.

Die polnische Entente-Kommission unter dem Vorsitz des französischen Generals Berond hat die Bestimmungen für die Volksbefragung in Oberschlesien und Westpreußen fertiggestellt. Regierungsblätter versichern, daß alle Sicherheiten geschaffen seien, um ein Plebiszit zugunsten der Deutschen durchzuführen. Eine halbamtliche Note betont neuerdings, daß an den Grundlagen des Friedensentwurfs nicht gerührt worden sei. Man werde wahrscheinlich am Sonnabend früh die Deutschland bewilligten Abänderungen veröffentlichen. Um den Eindruck zu erwecken, daß der Friedensentwurf selbst unverändert geblieben sei, wünscht Clemenceau, daß die Modifikation in einem Anhang zum Entwurf aufgenommen werden soll.

•

Nach der Ueberreichung

+ Versailles, 14. Juni. (Priv.-Tel.) Wenn die Antwort der Entente am Montag mittag oder nachmittag (dieses Datum muß man heute als das wahrscheinlichste bezeichnen) in Versailles überreicht sein wird, werden sich Graf Brockdorff-Rantzau, Präsident Leinert, Prof. Schücking, Ministerialdirektor Simon, Bankier Warburg und andre Sachverständige mit Sekretären und Dolmetschern, insgesamt an 40 Personen, wenige Stunden später mit Sonderzug nach Weimar begeben. Die Antwort der Entente wird im Zuge während der Reise übersetzt und auch durch Schreibmaschinen vervielfältigt, so daß bei der Ankunft in Weimar diese Arbeit bereits erledigt ist. Das ist nötig, denn die Zeit drängt sehr.

Die deutschen Delegierten bringen nach Weimar nicht nur die Ententeantwort, die Delegation hat die Ruhepause der letzten zwei Wochen dazu benutzt, ein sehr großes Material für die Nationalversammlung auszuarbeiten, ein Material, das alles für und wider die Annahme oder Ablehnung des Vertrags ausführlich darstellt, ein Material, auf dem auch die Weimarer Rede des Grafen Brockdorff-Rantzau und der andern Delegierten aufgebaut sein wird.

•

Eine ablehnende Antwort?

× Versailles, 13. Juni. Wie der „Temps" meldet, prüfte der Viererrat heute vormittag die letzten Berichte der Ausschüsse über die Antwort, die den deutschen Gegenvorschlägen erteilt werden soll. Der allgemeine Sinn dieses Dokuments entspricht genau dem Inhalte des Briefs, den Clemenceau am 10. Mai an den Grafen Brockdorff-Rantzau richtete, und in dem er erklärte, die alliierten und assoziierten Mächte hätten sich bei Festsetzung der Vertragsbestimmungen keineswegs von den Grundsätzen leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden seien. Sie könnten keinerlei Erörterung ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Friedensbedingungen, so wie sie sie festgesetzt hätten, aufrechterhalten, sondern nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen.

× Paris, 13. Juni. (Reuter.) Der Friedensvertrag wird vollständig neu geschrieben und gedruckt. Er enthält die Erläuterungen, die in der Antwort über die Gegenvorschläge enthalten sind, wird also, während er in seinen Grundsätzen unverändert bleibt, doch tatsächlich ein neues Dokument sein. Der Vertrag wird am Tage der Ueberreichung oder einem Tag später veröffentlicht werden.

•

Die Kolonialfrage

Das Wolff-Bureau meldet: Zur kolonialen Frage liegt eine Reutermeldung vor, wonach sogar der Eventualvorschlag Deutschlands, ihm wenigstens ein Mandat über seine Kolonien im Rahmen des Völkerbundes zu übergeben, von den Alliierten abgelehnt sein soll.

Hierzu erklärt das Reichskolonialministerium auf Anfrage: Wir möchten vorläufig glauben, daß es sich auch hier nur um einen der bekannten Einschüchterungsversuche handelt, bei dem der hohe Ernst der Lage in Europa doch stark verkannt wird. Wird nicht bald ein Verständigungsfriede erzielt, dann treibt die Entwicklung der Dinge in Europa fraglos dem Chaos zu. Wir können deshalb nicht annehmen, daß die Entente die Lage frivolerweise noch dadurch verschärfen will, daß sie durch halsstarrige Unnachgiebigkeit in dem kolonialen Punkte, der für sie bei ihrem Länderreichtum eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung hat, während er für uns eine Lebensfrage darstellt, einen Ausgleich zum Scheitern bringt.

Die Erhaltung des europäischen Militarismus

(Eigener Drahtbericht unsres nach Versailles entsandten ⊙-Sonderberichterstatters)

Versailles, 13. Juni.

Amerikanische Delegierte, die bemüht sind, Wilsons Haltung während der letzten Verhandlungstage zu erklären und nach jeder Richtung zu rechtfertigen, teilen mit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mit dem englischen Vorschlag der sofortigen Aufhebung der Dienstpflicht in Europa nicht einverstanden sein konnte, weil die britische Regierung nicht geneigt schien, ihre maritime Stärke, wenn auch nur im bescheidensten Maße, einzuschränken. Sie verweisen auf langwierige englisch-amerikanische Unterhandlungen über Verminderungen oder Rüstungseinschränkungen der Flotte. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wäre unbefriedigend. Infolgedessen stellte sich Wilson, um den Ratschlägen des Washingtoner Marinedepartements Folge zu geben, auf die Seite der französischen Regierung, als es sich um die von England gemachte Anregung handelte, die den Deutschen auferlegten militärischen Bedingungen auch für die Ententemächte in Anwendung zu bringen.

Frankreich und Italien erhielten Wilsons Unterstützung insofern, als auch sie mit der Aufhebung der Dienstpflicht in Europa nicht einverstanden sind. Daraus erklärt sich die Niederlage Lloyd Georges in der großen Sitzung, welche vorgestern stattfand, um über die europäischen Militärfragen schlüssig zu werden. Wilsons ablehnende Haltung hatte zur Folge, daß man den Präsidenten beinahe als besten Anwalt Frankreichs hinstellt und betont, daß Wilson den Versuch Englands, in Europa einen latenten Zustand militärischer Schwäche und Machtlosigkeit herbeizuführen, zum Scheitern brachte. Von amerikanischer Seite wird ferner daran erinnert, daß sich Lloyd George nicht dazu bequemte, die irische Frage so regeln zu lassen, wie es dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen entspricht. Er verschärfte dadurch die Opposition der maßgebenden amerikanischen Kreise und schwächte seine eigene Stellung im Viererrat.

Schließlich wird auch an die von England in unnachgiebiger Art behandelte Frage der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu bauenden Handelsschiffe erinnert. Französische Regierungskreise bekunden merkbare Verstimmung gegen das Londoner Kabinett und lassen in verschiedenen Blättern mitteilen, England hätte in dieser Woche eine militärische Schwächung Frankreichs, das den britischen Konservativen plötzlich zu stark schien, herbeiführen wollen. Dank Wilsons scharfem Blick wäre dieser englische Vorstoß mißlungen. Ueberdies wirft man Lloyd George vor, daß die Vorgänge innerhalb der Entente, hervorgerufen durch das Auftreten Lord Cecils und des englischen Premierministers, in Deutschland ermutigend wirken müssen.

Rücktritt von Entente-Delegierten

× Amsterdam, 13. Juni. Nach einer englischen Blättermeldung vom 11. d. M. hat der Hauptvertreter des Schatzamts bei der Pariser Konferenz Keynes diese Stellung niedergelegt und ist gleichzeitig aus dem Staatsdienste ausgetreten. Der Grund kann keinesfalls in Gesundheitsrücksichten zu suchen sein. Keynes weigerte sich, dem Vertreter des „Daily Herald" die Gründe für seinen Rücktritt anzugeben. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" gibt als Grund seine Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Bedingungen an, die nach seiner Ansicht auf eine finanzielle Katastrophe hinauslaufen können.

* Berlin, 14. Juni. Laut „Voss. Ztg." ist Präsident Vanderlip von der New-Yorker National City Bank zurückgetreten. Sein Rücktritt hänge anscheinend zusammen mit dem Entwurf des Friedensvertrages, dessen finanzielle Bestimmungen er bekämpft habe.

•

Die Türken in Frankreich

Der „Temps" meldet, daß vier türkische Delegierte, aus Toulon kommend, über Paris heute vormittag ½12 Uhr in Vaucresson eingetroffen sind, wo sie vom Vertreter des Ministers des Aeußern Mottlle, Oberst Henry, mehreren alliierten Offizieren und zwei Marineoffizieren, die die Verbindung mit den türkischen Offizieren aufrechterhalten sollen, empfangen wurden. Die Anwesenheit dieser Marineoffiziere sowie die Bedingungen, unter denen die türkische Delegation empfangen wurde, sind durch den Umstand bedingt, daß die vier Bevollmächtigten Großwesir Damad Ferid Pascha, Finanzminister Tewfik Cann, früherer Minister und Vorsitzender des Staatsrates Riza Tewfik und türkischer Gesandter in Bern Reschid Halisz nicht von der türkischen Regierung gesandt wurden, um über die Friedensbedingungen zu verhandeln, wie dies für die deutsche und österreichische Delegation der Fall war, sondern daß ihre Reise von der französischen Regierung veranlaßt wurde, welche sie aufforderte, der Friedenskonferenz gewisse Auskünfte zu geben. Nach der Vorstellung auf dem Bahnhof Vaucresson wurden die türkischen Delegierten in Automobilen zur Villa La Vaucrelonniere gebracht.

Die Vergewaltigung des Saar-Landes

Der Abschnitt VI der deutschen Denkschrift zu den Friedensbedingungen beschäftigt sich mit dem Saar-Gebiet. Zunächst wird betont, daß das Gebiet, dessen Staatszugehörigkeit als Kompensation für die Zerstörung der Kohlenbergwerke in Nordfrankreich in Frage gestellt werden soll, weit über das Kohlenvorkommen hinausgreift und auch umfangreiche Forsten, zahlreiche Kalkwerke, Glashütten und sonstige sehr lohnende, zum Teil weltberühmte Industrien umfaßt, die keinerlei Zusammenhang mit Kohlengruben haben. Aber auch, wenn nur die Abtretung der Kohlengruben gefordert würde, so stünde auch das in keinerlei Verhältnis zu dem angeblichen Zweck der Entschädigung für die zerstörten französischen Bergwerke. Es ist ja ein grundlegender Irrtum, zu glauben, es sei notwendig, in einem Lande die politische Oberhoheit auszuüben, um sich dadurch einen angemessenen Teil der Erzeugung zu sichern.

Was die Kohlenmenge anbelangt, so wird der Kohlenausfall Nordfrankreichs in den ersten Jahren höchstens 20 Millionen Tonnen jährlich betragen, dann wird er sinken, und nach 10 Jahren sicher beendet sein. Die Kohlenvorräte der nordfranzösischen Gruben haben ja überhaupt keine Verminderung erfahren. In den Saar-Gruben sind mit Sicherheit über 11 Milliarden Tonnen Kohle nachgewiesen, eine Menge, die bei der heutigen Förderung für ungefähr 1000 Jahre ausgereicht; Frankreich würde also durch die Eigentumsübertragung der Saar-Kohlengruben das Hundertfache dessen erhalten, was es nach außen hin verlangt. Wenn also Herr Clemenceau diese Lösung als die schnellste bezeichnet, so wäre sie sicherlich nicht gerecht. Dazu kommt in völkischer Beziehung, daß das Saar-Gebiet seit mehr als 1000 Jahren deutsch ist, daß von 650 000 Einwohnern noch nicht 100 Franzosen sind, daß die Bevölkerung sich 1814 durch Plebiszit zum Deutschtum bekannt hat und ihrer Gesinnung nach heute ebenso deutsch ist wie vor 100 Jahren.

Diese deutsche Bevölkerung würde durch die besondere Regierungsform, der sie wegen des Zusammenhangs mit dem Kohlenbergwerk unterstellt werden soll, politisch völlig entrechtet. Nur ein Mitglied der vorgesehenen Kommission, das nicht einmal ihren Sitz im Saar-Gebiet haben muß und der Bevölkerung nicht verantwortlich ist, soll im Saar-Gebiet geboren und dort wohnhaft sein, auch dieses Mitglied wird aber nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern vom Völkerbundsrat ernannt, könnte also auch einer der wenigen im Lande wohnenden Ausländer sein. Diese Kommission würde über das Schicksal der Bevölkerung mit praktisch unbeschränkter Gewalt herrschen, eine Volksvertretung mit legislativer Befugnis würde nicht bestehen, die staatsbürgerlichen Freiheiten wären für die Bevölkerung verloren, der Gebrauch der deutschen Sprache, die Schule, das religiöse Leben wären unter Kontrolle gestellt. Dagegen wäre der Verwelschung durch die Einrichtung französischer Schulen Tür und Tor geöffnet. Die Zukunft aller Beamten und Angestellten wäre völlig unsicher. Dem Saar-Bewohner bliebe als Hauptrecht das der Auswanderung. Dabei gäbe es keinen Schutz gegen die Ausweisung, die schon jetzt rücksichtslos geübt wird und die von der bodenständigen Bevölkerung besonders hart empfunden wird.

Alle diese Dinge stehen in keinerlei Zusammenhang mit der Wiedergutmachung der Zerstörung französischer Bergwerke, eine rein wirtschaftliche Frage, die auch wirtschaftlich gelöst werden muß. Diese Behandlung eines national nicht strittigen Gebiets durch den Völkerbund entwürdigt diesen von vornherein und bedeutet ein mindestens ebenso großes Unrecht, wie man es Deutschland wegen Elsaß-Lothringens vorwirft.

•

Die Verwaltung des besetzten Gebietes

× Versailles, 13. Juni. Wie „Von Soir" berichtet, soll ein amerikanischer Leutnant, der dem Rhein-Schiffahrtskommissariat attachiert ist, vor einiger Zeit den Präsidenten Wilson auf die wenig befriedigende Behandlung, die nach seiner Ansicht der Eingeborenen-Bevölkerung von den Militärbehörden zuteil werde, aufmerksam gemacht haben. Wilson übermittelte den fraglichen Brief dem Viererrate und verlangte die Entsendung eines interalliierten Ausschusses an Ort und Stelle mit dem Auftrage, einen Verwaltungsplan für die besetzten Gebiete auszuarbeiten. In dem Ausschusse ist England durch Lord Robert Cecil, Frankreich durch Loucheur vertreten. Der Rest der Meldung des „Von Soir" mit etwa 20 Zeilen, ist von der Zensur gestrichen.

Wilson an Cecil

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris: Präsident Wilson hat aus Anlaß einer heute in der Albert Hall in London stattfindenden Versammlung an den Vorsitzenden der Vereinigung für den Völkerbund Lord Robert Cecil folgenden Brief gerichtet: „Die Unterzeichnung der Uebereinkunft bezüglich des Völkerbundes ist die erste formelle Handlung, die zur Gründung eines tätigen Verbandes von Nationen dient. Es liegt im Lebensinteresse heutiger und zukünftiger Generationen, daß sie ihn begreifen und stützen, und zwar noch mehr nach dem Geiste als nach dem Buchstaben. Eine nicht gut unterrichtete öffentliche Meinung bei den Völkern, die die Uebereinkunft mit unterzeichnet haben, würde eine dauernde Bedrohung für den Weltfrieden bilden. Das Werk der Wiedergeburt des Geistes und des Willens der assoziierten Völker muß unternommen und unermüdlich fortgesetzt werden, damit alle sehen, wie groß die Macht des Bundes zur Förderung der Einigkeit und des internationalen Zusammenwirkens auf dem Wege des Fortschritts ist. Die heutige Gelegenheit steht in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel da. Ich glaube zu wissen, daß die britische Vereinigung für den Völkerbund ihr möglichstes tut, um diesen unter den Völkern der britischen Inseln und der überseeischen Gebiete zu fördern. Ich vertraue darauf, daß ihre Arbeit fruchtbar sein wird und daß der Eifer der Schwestervereinigungen in allen assoziierten Ländern

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919061501/1